

Die Bilanz, die die Genossen in den gesellschaftswissenschaftlichen Bereichen gegenwärtig in den Parteiwahlen ziehen, bestätigt voll und ganz die Einschätzung, die Genosse Prof. Hager auf der Konferenz der Gesellschaftswissenschaftler in Berlin gab, indem er feststellte, daß seit dem VI. Parteitag auf vielen Gebieten mit einer zielstrebigem Arbeit begonnen wurde, aber andererseits die Wirksamkeit durch die Überwindung einer Reihe Hemmnisse und die Erschließung von Reserven insgesamt erhöht werden könnte. Maßstab für diese Wirksamkeit sind dabei die Anforderungen unserer gesellschaftlichen Entwicklung an die Gesellschaftswissenschaften:

„Die marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften schaffen die theoretischen Grundlagen für die wissenschaftliche Leitung und Organisation der Produktion und des gesamten umfassenden sozialistischen Aufbaus. Ihre Aufgabe ist die Analyse und theoretische Verallgemeinerung der Praxis des sozialistischen Aufbaus. Sie sollen die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten und die Richtung der ökonomischen, politischen und kulturellen Entwicklung erforschen und daran mitwirken, die gewonnenen Erkenntnisse in die Praxis umzusetzen. Diese theoretische perspektivische Forschung wird immer wichtiger.“

Zum anderen sind die Gesellschaftswissenschaften die Grundlage für die sozialistische Erziehung der Jugend und die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins aller Werktätigen.“

Aufgabe der Parteiwahlen ist es, von diesen Aufgaben und der Bilanz im eigenen Bereich ausgehend, zu überprüfen, wie es gelungen ist, sich auf diese Probleme zu konzentrieren sowie den wissenschaftlichen Höchststand anzustreben und mitzubestimmen, das heißt letztlich, wie es gelungen ist, allen Genossen ihre Verantwortung als Gesellschaftswissenschaftler für die Entwicklung in den verschiedenen Sphären unseres gesellschaftlichen Lebens bewußt zu machen und das notwendige ideologische und wissenschaftliche Rüstzeug zu vermitteln.



## Probleme auf dem Wege zum Höchststand

Fortschritte in der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung wie in der Lehrtätigkeit sind an unserer Universität in allen Bereichen zu erkennen. So bemühen sich an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät die Wissenschaftler um die Neugestaltung der Lehre auf der Grundlage des neuen ökonomischen Systems; die Historiker begannen das Studienjahr mit einer neuen Ausbildungskonzeption; und Fortschritte gibt es auch in den Literatur- und Kunstwissenschaften. So wurde vom Institut für Deutsche Literaturgeschichte erstmalig eine Vorlesungsreihe über die sozialistische Gegenwartsliteratur gehalten, und eine weitere über die deutsche Nationalliteratur von 1917 bis 1945 wird vorbereitet. Und schließlich waren die kulturpolitischen Praktika dieses Jahres ein wichtiger Beginn für eine wirksamere kulturpolitische Ausbildung, insbesondere der Lehrerstudenten, an der Philosophischen Fakultät.

In der Forschung ist eine stärkere Orientierung auf die aktuellen Fragen des sozialistischen Aufbaus sowie das Bemühen, bei der Analyse dieser Prozesse stärker zu wissenschaftlichen Verallgemeinerungen zu kommen, unverkennbar. Zeugnisse dafür sind neben anderem die Konferenz der Juristen zu Problemen der Leitung des Bauwesens, die Konferenz der Germanisten über aktuelle Fragen des Hörspiels und die Zusammenarbeit von Wirtschaftswissenschaftlern mit Experimentier-VVB. Die soziologischen Forschungen, auf die der VI. Parteitag die Gesellschaftswissenschaftler nachdrücklich orientierte, sind in einigen Bereichen bereits zum festen Bestandteil der Arbeit geworden und führen in immer stärkerem Maße zu brauchbaren theoretischen Resultaten. All das wirkt sich gleichzeitig betrübend auf die Qualität der Vorlesungen und Seminare aus.

Wenn man diesen Beispielen auch noch eine Reihe hinzufügen könnte, so lassen doch andere Erscheinungen keinen Zweifel darüber, daß diese Fortschritte nicht ausreichen, um maximal wirksam zu werden, daß es Fragen und Unklarheiten gibt, die im weiteren Verlauf der Parteiwahlen geklärt werden müssen, wenn sie nicht zum Hindernis bei der Erfüllung der kommenden Anforderungen werden sollen.

Das beginnt unseres Erachtens damit, daß noch nicht alle Gesellschaftswissenschaftler das hohe Maß ihrer persönlichen Verantwortung bei der Ausarbeitung der theoretischen Grundlagen für die gegenwärtige Leitung und die künftige Entwicklung unserer Gesellschaft begriffen haben. Wird das theoretisch auch allgemein anerkannt, so gibt es doch in der praktischen Arbeit noch immer Erscheinungen der Nachtrapolitik, des Abwartens und der dann bloßen Interpretation der Erkenntnisse anderer, statt die eigenen Ergebnisse zur Diskussion zu stellen und damit zum schöpferischen Meinungstreit anzuregen. So bearbeitet an der Fakultät für Journalistik Genosse Ludwig in seiner Dissertation Probleme der Kreiszeitungen in unserer Republik, ein Thema, über das in Kürze eine wissenschaftliche Konferenz von der Abteilung Agitation des Zentralkomitees veranstaltet wird. Was hätte hier näher gelegen, als die bisher erzielten Erkenntnisse dort zu unterbreiten, und so dazu beizutragen, wissenschaftlich begründete Schlussfolgerungen für die weitere praktische Arbeit auf diesem Gebiet zu ziehen? Denn Zurückhaltung auf eigene Meinung bedeutet doch letztlich Verzicht darauf, seiner Rolle und Verantwortung als Gesellschaftswissenschaftler gerecht zu werden.

Zweifellos gehört zum Verantwortungsbewußtsein eines Wissenschaftlers eine Portion Mut, seinen eigenen erarbeiteten Standpunkt zur Diskussion zu stellen und zu verteidigen. Schließlich ist es doch der Beruf des Gesellschaftswissenschaftlers, das Neuland unserer gesellschaftlichen Entwicklung zu

ergründen und wissenschaftlich fundierte Antworten darauf zu geben, wie sich in der Zukunft unsere Wirtschaft entwickeln muß, wie beispielsweise künftig die Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft oder unser kulturelles Leben weiterentwickelt werden müssen. Diese Aufgaben aber lassen sich ohne einen schöpferischen Meinungstreit nicht lösen.

Richtig ist in diesem Zusammenhang unseres Erachtens der Vorschlag, der in der Wahlversammlung der Parteigruppe Theorie und Praxis der Gegenwart an der Fakultät für Journalistik unterbreitet wurde: schon vor Abschluß der Dissertation Teilergebnisse zu publizieren, um darüber am Institut zu diskutieren. Es scheint aber, daß sich noch nicht überall die Erkenntnis durchgesetzt hat: Wir kommen in dem Maße zu wissenschaftlich fundierten, theoretisch hochwertigen und für die Praxis nützlichen Erkenntnissen, wie wir den wissenschaftlichen Meinungstreit entwickeln.

Die Genossen Wissenschaftler des Instituts für Deutsche Literaturgeschichte hatten sich auf ihrer Wahlversammlung mit der Tatsache auseinandergesetzt, daß sie noch ungenügend kulturpolitisch wirksam sind, das heißt, ungenügend mit ihren wissenschaftlichen Ergebnissen an die Öffentlichkeit treten, was sich z. B. darin ausdrückt, daß sie erst dann zu „Ole Blenkopp“ Stellung nahmen, als in der ganzen Republik die Diskussion dazu bereits in vollem Gange war. Auch die Wissenschaftler des Philosophischen Instituts, der Historischen Institute und des Instituts für Literarische Publizistik werden viel zu wenig bei der Diskussion politischer und kulturpolitischer Probleme wirksam. Bei den Germanisten zeigten sich als Ursache für diese ungenügende Wirksamkeit ideologisch-politische und künstlerisch-ästhetische Unsicherheiten, besonders bezüglich der Einheit von Politik, Ökonomie und marxistische Ästhetik. Hier wie in den anderen Bereichen kommt es jetzt für die Parteiorganisationen darauf an, die ideologischen Ursachen für diese Unsicherheiten aufzudecken und durch offene Auseinandersetzung darüber den Weg zu höherer Wirksamkeit und höherem wissenschaftlichem Niveau freizumachen.

Unseres Erachtens haben hier die Genossen des Instituts für Staatsrecht einen richtigen Weg eingeschlagen, als sie an Hand der Analyse einer Arbeit des Genossen Prof. Böttiger feststellen mußten, daß eine tiefere theoretische Durchdringung der Problematik notwendig gewesen wäre, und daraus die Verpflichtung ableiteten, künftig stärker auf die Qualität der wissenschaftlichen Arbeit zu achten, indem sie den wissenschaftlichen Meinungstreit konkret führen und sich nicht nur auf theoretische Diskussionen, z. B. über Staat und Ökonomie, beschränken.

Es geht also nicht darum, den Meinungstreit um seiner selbst willen zu führen, sondern um zielstrebig die Probleme der wissenschaftlichen Lehr- und Forschungsaktivität zu klären. Was aber nützt es, wenn am Institut für Philosophie seit längerer Zeit über die Aufgaben, den Inhalt der Ausbildung, das Berufsbild, die Praxis usw. des Philosophen debattiert wird, ohne konsequent eine einheitliche Meinung anzustreben, wenn die Diskussion über die Produktivkraft Wissenschaft in Theoretischen stöckeln blieb, weil sie losgelöst von den Beschlüssen der Partei geführt wurde? Ein solcher im schlechten Sinne des Wortes akademischer Meinungstreit ist nichts wert. Der Meinungstreit als inhärenter Bestandteil jeder echten Wissenschaft muß dazu beitragen, Klarheit in den ideologischen und wissenschaftlichen Grundpositionen und damit die Voraussetzung für eine hohe Produktivität und praktische Effektivität der wissenschaftlichen Arbeit zu schaffen. Denn in dem Maße, wie im Verlaufe der Parteiwahlen und in der weiteren Arbeit diese

Prinzipien in der Arbeit der Gesellschaftswissenschaftler durchgesetzt werden, wird es gelingen, „die alten Manuskripte und die überholten Arbeitsmethoden verschwinden“ zu lassen, „um den neuen Ideen und der schöpferischen wissenschaftlichen Arbeit die Bahn frei zu machen“ (Prof. Hager), wird es unter Führung der Parteiorganisation gelingen, die notwendigen Veränderungen in der Lehre, eine perspektivische Planung und Koordinierung der Forschung sowie die sozialistische Gemeinschaftsarbeit – die entscheidenden Mittel zur Erreichung des wissenschaftlichen Höchststandes also – durchzusetzen.

Für die Genossen der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät zum Beispiel bedeutet das, kritisch einzuschätzen, inwieweit tatsächlich die Richtlinie für die Durchsetzung des neuen ökonomischen Systems bereits Grundlage für alle Lehrveranstaltungen ist, das heißt, inwieweit nicht nur einzelne Teile dieses Systems erläutert werden, sondern sein Gesamtzusammenhang, seine „innere Logik“ Ausgangspunkt ist. Für die wirtschaftswissenschaftliche Forschung bedeutet das gleichermaßen, sich auf die wissenschaftliche Ausarbeitung der Probleme zu konzentrieren, die heute und künftig aus der Führung unserer Volkswirtschaft erwachsen. In verschiedenen Instituten der Fakultät gibt es dazu bereits eine Reihe guter Vorschläge. So am Institut für Politische Ökonomie, wo sich die Wissenschaftler auf die Erforschung der Probleme des Gewinns konzentrieren wollen, oder am Institut für Staat und Recht, wo noch in diesem Jahr die Voraussetzungen dafür geschaffen werden sollen, daß die unfruchtbare Zersplitterung der Forschungsarbeit überwunden wird und das Institut stärker hilft, die Schwerpunkte der Fakultät zu lösen.

Hier macht sich aber hemmend bemerkbar, daß das Profil der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät selbst noch nicht klar ist. Aufgabe der staatlichen Leitung und der Fakultätsparlamentierung, insbesondere aber der Delegiertenkonferenz der Fakultät wird es sein, den gegenwärtigen Zustand des Abwartens zu überwinden und damit zu beginnen, exakte Vorstellungen über das Profil und die Perspektive der Fakultät auszuarbeiten, damit nicht länger ein Zwiespalt zwischen Vorstellungen und Taten klafft, sondern mit einer zielstrebigem Arbeit begonnen werden kann. Das ist auch deshalb wichtig, weil die Perspektive und der Einsatz vieler Wissenschaftler davon abhängt.

Auch in anderen Bereichen, so bei den Germanisten, den Philosophen und auf dem Gebiet der Zeitgeschichte ist die Festlegung exakter Schwerpunkte für die nächsten Jahre dringend notwendig. Denn die richtige perspektivische Planung ist eine entscheidende Voraussetzung für eine zielgerichtete Entwicklung und künftige hohe Arbeitsergebnisse in der betreffenden Disziplin. Sie sollte in den Grundorganisationen unter besonderer Berücksichtigung der Tendenzen der internationalen Forschungsentwicklung gründlich erörtert und mit allen Angehörigen des Instituts beraten werden. Dabei muß aber vom gegenwärtigen Stand der Arbeiten ausgegangen werden, und die einzelnen Schritte bis zur Lösung der Perspektivfragen hin müssen abzusehen sein. Die Genossen in der Abteilung Zeitgeschichte am Institut für deutsche Geschichte sollten sich überlegen, wie sie ihre für die nächsten Jahre geplanten Forschungsvorhaben und die gegenwärtigen Dissertationsthemen ihrer Mitarbeiter, die dieser Perspektive nicht voll entsprechen, sinnvoll miteinander in Einklang bringen können. Ein Beispiel für die vorausschauende Planung und die exakte Abstimmung von Forschungsschwerpunkten und Kaderentwicklung geben ihnen die Genossen der Parteigruppe Mittelalter/Alte Geschichte ihrer eigenen Grundorganisation.

Zusammen mit der exakten Erfassung und Planung der perspektivischen Aufgaben sind schließlich weitere Schritte erforderlich, um mit der Entwicklung einer umfassenden Gemeinschaftsarbeit immer stärker die Einheit der Gesellschaftswissenschaften praktisch zu verwirklichen. Zweifellos sind durch die Gründung der Räte für Philosophie und Politische Ökonomie sowie der literaturwissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft gute Voraussetzungen dafür geschaffen worden, aber jetzt kommt es darauf an, daß diese Gremien tatsächlich wirksam werden bei der Entwicklung des wissenschaftlichen Meinungstreites, der Koordinierung der Forschung, der Qualifizierung des Nachwuchses und bei der Organisation der Gemeinschaftsarbeit der Gesellschaftswissenschaftler untereinander sowie ihre Zusammenarbeit mit den Naturwissenschaftlern. Denn die Konzentration der Kräfte auf Schwerpunkte der Forschung gilt es nicht nur innerhalb der Institute und Fakultäten, sondern an der ganzen Universität zu verwirklichen.

Wenn wir von der Verantwortung der Gesellschaftswissenschaftler sprechen, dann schließt das ihre unmittelbare Verantwortung für die marxistisch-leninistische Erziehung der studierenden Jugend ein und erfordert, auch die erzieherische Wirksamkeit einzuschätzen. Auf vielen der bereits stattgefundenen Wahlversammlungen wurde dazu gesprochen, und neben durchaus sichtbaren Erfolgen zeigte sich, daß vielfach nur ungenügend die Diskussion ideologischer Probleme unter den Studenten genau beachtet und eingeschätzt wird und daß dementsprechend die erzieherische Wirksamkeit zu schwach oder zumindest nicht zielgerichtet genug ist – daß noch nicht alle Möglichkeiten ausgenutzt werden, um die Studenten zum Klassenstandpunkt der Arbeiterklasse, zur Teilnahme für den Sozialismus und den Marxismus-Leninismus zu erziehen und damit dem Einfluß der bürgerlichen Ideologie jeglichen Boden zu entziehen.

Die Genossen Wissenschaftler des Instituts für Philosophie mußten feststellen, daß sich am Institut im Zusammenhang mit der oben gekennzeichneten Tendenz zu abstrakten Diskussionen und zur „reinen Wissenschaft“, der Trennung von Politik und Wissenschaft also, eine Atmosphäre eingebürgert hat, in der sich die Wissenschaftler sowohl als Kollektiv wie einzeln nicht mehr voll verantwortlich für die ideologisch-politische Erziehung der Studenten fühlen, was schließlich in einer ungefestigten ideologischen Situation in einigen Studentengruppen seinen Niederschlag finden mußte. Die Philosophen sollten die begonnenen Diskussionen über die Ursachen dafür fortsetzen, aber auch alle anderen Gesellschaftswissenschaftler sollten exakt die Ergebnisse ihrer erzieherischen Tätigkeit einschätzen und die notwendigen Konsequenzen ziehen.

Für die Lösung all dieser auf der Beratung der Gesellschaftswissenschaftler entwickelten Aufgaben gibt es bereits gute Anfänge an unserer Universität. Das genügt jedoch nicht, denn das Streben nach höchster Wirksamkeit und höchster Qualität gilt es jetzt in allen gesellschaftswissenschaftlichen Bereichen durchzusetzen. Das aber setzt, wie Genosse Hager ausführte, die Überwindung von Selbstzufriedenheit und mangelnder Leistung, von Verantwortungslosigkeit und Gleichgültigkeit, von spießbürgerlicher Betulichkeit und geistiger Enge voraus; das setzt voraus, daß die Gesellschaftswissenschaftler im Bewußtsein ihrer großen Verantwortung die ideologischen Probleme ihrer Arbeit in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen rücken und zielstrebig klären.

UZ 17/64, Seite 3

## in den Gesellschaftswissenschaften